

Pressemitteilung der Jusos Dithmarschen zur Kostenübernahme von Busfahrkarten für die Kinder von Hartz-4-BezieherInnen

Wir Jusos bedauern zutiefst, dass die Kostenübernahme der Busfahrkarten für Kinder von Hartz-4-BezieherInnen, um deren Besuch von weiterführenden Schulen zu gewährleisten, durch den Kreistag abgelehnt worden ist.

Seit der Entscheidung des Bundessozialgerichts, dass Hartz-4-BezieherInnen die Kosten für den Besuch von weiterführenden Schulen generell selber übernehmen sollen, ging es auch in Dithmarschen darum, wie der Kreis mit diesem bildungspolitischen Missstand umgehen soll.

Bisher wurden nur in einigen wenigen Fällen die Kosten der SchülerInnenbeförderung übernommen, und es war nicht ersichtlich warum dies lediglich bei einigen wenigen Menschen der Fall war. Es ging also darum durch eine bessere Regelung, diese freiwillige Leistung des Kreises, allen gleichermaßen zugänglich zu machen.

Die SPD sprach sich in diesem Zusammenhang gemäß ihrem Programm zur Kommunalwahl 2008 dafür aus, *dass der Zugang zur Bildung offen und kostenfrei für jeden sein muss, und dazu insbesondere die SchülerInnenbeförderung zählt.*

Die SPD brachte am 3.12 deswegen im Kreistag einen Antrag ein der die völlige Übernahme der Kosten durch den Kreistag, im Rahmen der Dithmarscher Bildungsoffensive, regeln sollte. Dieser Antrag wurde allerdings durch eine konservative Mehrheit aus CDU und Freien Wählern abgelehnt, die befürchteten der Kreis würde sich damit finanziell überlasten.

Daraufhin wurde die ursprüngliche favorisierte Beschlussvorlage die vorsah das Kreis und Gemeinden jeweils 50% der Kosten übernehmen sollten, was im Anbetracht der finanziellen Leistungsfähigkeiten der Gemeinden dazu geführt hätte, dass die Betroffenen tatsächlich zur Hälfte auf den Kosten sitzen bleiben, ebenfalls abgelehnt. Auch die SPD stimmte, wie auch vorher schon zu erwarten war, gemäß ihres Programmes gegen diese Wischi-Waschi-Position.

Daraufhin entstand die unglückliche Situation, dass die Betroffenen nun gar keine Unterstützung bekommen. Die SPD-Fraktion versuchte daraufhin mittels eines Dringlichkeitsantrages wenigstens die Übernahme der Kosten bis 31. März 2010 zu erkämpfen, was aber leider scheiterte.

Wir als Jusos bedauern dies sehr, war doch die konkreteste, regionalste Forderung des jüngst organisierten Bildungsstreiks die nach kostenloser SchülerInnenbeförderung für alle bis zur 13. Klasse, oder zumindest für die Kinder von Hartz-4-BezieherInnen. Die Umsetzung dieser Forderung würde Bildungsblockaden einreißen und Chancengleichheit verwirklichen.

Wir stellen fest, dass sowohl die Fraktion der CDU als auch die Fraktion der Freien Wähler eine wirklich solidarische Lösung ablehnen, und stattdessen Scheinlösungen wie die eine 50/50-Lösung propagieren. Dies geschieht in der Regel mit einem Verweis auf die schlechte Haushaltslage des Kreises und die „ökonomische Vernunft“ die lediglich eine Politik der Anpassung an grundsätzlich veränderbare Zustände ist, mit denen sich CDU und Freie Wähler aber anscheinend abgefunden haben. Dabei wird geflissentlich übersehen, dass unfreie, schlechte Bildungspolitik die Ursachen von finanziellen Engpässen weiter verstärkt, und so auf die Dauer viel teurer wird, als die Investition in kostenfreie Bildung für die Schwächsten der Gesellschaft.

Wir Jusos sehen natürlich auch einen überregionalen Zusammenhang zwischen Kürzungen von sozialen Leistungen und der um sich greifenden Verschuldung (ob nun Gemeinden, Kreise, Länder oder der Bund davon betroffen sind), der darin besteht, dass jahrelang, teilweise auch unter einer rot-grünen Regierung, die Steuern für Besserverdienende gesenkt wurden. In diesem

Zusammenhang kritisieren wir selbstverständlich auch die Steuersenkungen der Union und der FDP, weil diese vor allem Besserverdienenden nützen, und weil sie nur durch Kürzungen in den sozialen Sicherungssystemen (siehe z.B. Gesundheitssystem) gegenfinanziert werden können. Wir halten diese Maßnahmen für falsch, weil sie katastrophale Auswirkungen auf unsere Gesellschaft, auch gerade auf regionaler Ebene, wie bei der bisherigen Entscheidung des Kreistages keine Kostenübernahme für die Kinder von Hartz-4-BezieherInnen zu gewährleisten, haben.